
 Druckansicht - Mittwoch 15. Juni 2011

Syrischer Patriarch übt heftige Kritik am Westen



Patriarch Gregorios III. Laham in "Radio Vatikan"-Interview: "Was über Syrien berichtet wird ist eine übertriebene Sache" - Salzburger Ostkirchenexperte Winkler: Christen in Syrien in extrem schwieriger Position

15.06.2011

Rom-Salzburg (KAP) Kritik an der Medienberichterstattung und an der kritischen Einschätzung internationaler Organisationen zur Lage in Syrien hat der syrische Patriarch Gregorios III. Laham geübt. Entgegen anderslautender Berichte brenne es in Syrien "nur in einigen bestimmten Gebieten", außerdem schreite die Armee nicht etwa gegen Zivilisten ein, sondern verteidige die Polizei gegen Aufständische, sagte der melkitisch-katholische Patriarch von Antiochien in einem "Radio Vatikan"-Interview. Sein Fazit: Was über Syrien berichtet werde, sei "eine übertriebene Sache, die von Europa ausgeht". Mehr noch: Was in Syrien geschehe, sei "keine echte Revolution".

Scharf auch die Kritik des Patriarchen an den Einschätzungen internationaler Organisationen, die dem syrischen Regime unter Präsident Baschar al-Assad die Legitimität absprächen. Laham: "Wer hat ein Recht dazu? Niemand, weder Nato noch UNO! Wir sind ein freies Land, keine Sklaven, wir können unsere Probleme selbst lösen!"

Zweifellos dürfe man die syrische Regierung "ermahnen und mehr Freiheit fordern, mehr Gerechtigkeit und Entwicklung der Wirtschaft, auch Reformen" - zugleich müsse man jedoch sehen, dass sich in Syrien in den vergangenen Jahren bereits vieles bewegt habe: "Es gibt nur eine Partei, das stimmt allerdings; aber wir haben Wasser, Licht, Wirtschaft, neue Universitäten und Schulen - und wir Christen haben Freiheit."

Um eben diese Freiheit fürchtet der Patriarch, wenn er weiters unterstreicht, dass er das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Syrien "in Gefahr" sieht. Derzeit werde versucht, "einen Krieg zwischen den Religionsgemeinschaften zu provozieren", diesem müsse unbedingt widersprochen werden, so der Patriarch.

Umsturz führt zu Verschlechterung

Der Salzburger Kirchenhistoriker und Ostkirchenexperte Prof. Dietmar Winkler erläuterte am Mittwoch im "Kathpress"-Gespräch die Äußerungen des melkitischen Patriarchen. Die Situation für die Christen in Syrien sei extrem schwierig. Auch wenn es sich in Syrien nach westlichen Maßstäben um eine Diktatur handle, gehe es den Christen im Vergleich zu anderen Staaten im Nahen Osten nicht schlecht. Jeder Umsturz könne nur zu einer Verschlechterung führen. Was der Patriarch für die melkitische Kirche ausgesprochen habe, gelte letztlich für alle Christen im Land.

Patriarch Gregorios habe bisher gute Beziehungen zu Assad gepflegt, so Winkler, der darauf hinwies, dass der Patriarch in seinem Interview durchaus auch die Forderung nach Reformen aufgestellt habe.

Sunniten wie auch Schiiten hätten kein Staatsmodell, in dem es wirkliche Religionsfreiheit gibt. Man würde bei einem Machtwechsel wohl auf Modelle aus osmanischer Zeit ("Millet-System") zurückgreifen und Christen zu "Schutzbefohlenen" erklären. Ein solches Modell werde sogar von "fortschrittlichen" muslimischen Denkern als positiv bewertet, so Winkler. Letztlich würde das aber bedeuten, dass Christen wieder Bürger zweiter Klasse wären.

Die Christen wollten hingegen Religionsfreiheit in einem demokratischen Staat und gleiche Bürgerrechte für alle, "und sie haben das Gefühl, dass ihre Rechte unter dem Assad-Regime noch besser gewährleistet sind als in einem islamisch geprägten Staat". Zudem, so Winkler, würden die Christen in Syrien auch keine Strategie im Ärmel haben, wie sie mit dem politischen Wechsel umgehen sollten.

Zugleich zeigte sich der Salzburger Ostkirchenexperte vom syrischen Präsidenten Baschar al-Assad enttäuscht. Viele Beobachter hätten bei seinem Regierungsantritt 2000 gehofft, dass spürbare Reformen eingeleitet werden. Viel sei davon nicht zu bemerken, allerdings lasse sich von außen auch nicht beurteilen, inwieweit Spannungen innerhalb der herrschenden Schicht oder auch der Einfluss des Iran das politische Geschehen in Syrien mitbestimmen.

Islam nicht Staatsreligion

Anders als in den meisten Ländern mit islamischer Mehrheit - drei Viertel der 17 Millionen Syrer sind Sunniten - ist der Islam in Syrien nicht Staatsreligion. Die arabisch-nationalistische Baath-Partei, die das Land seit 1963 regiert, steht offiziell für einen säkularen Kurs und stützt sich dabei geschickt auf die

Vielfalt der übrigen Konfessionen und Religionen. Schließlich gehören der Assad-Clan sowie die Spitzen aus Partei, Geheimdiensten und Armee selbst zur Minderheit der Alawiten oder Nusairier, die etwa 12 Prozent der Bevölkerung stellen.

Nur mit Mühe kann dieser schiitische Ableger, der Muhammads Vetter Ali als göttlich verehrt, überhaupt als islamisch gelten; dafür jedoch als religiös tolerant gegenüber anderen Splittergruppen wie den Drusen, Ismailiten, und auch gegenüber den wenigen Juden, die im Land geblieben sind. Voraussetzung ist indes, dass alle Gemeinschaften auf politische Botschaften gegen die Herrschenden verzichten.

Am meisten dürften die syrischen Christen vom religiösen Laissez-faire der Machthaber profitiert haben. Konzentriert auf die Gegenden von Damaskus, Aleppo und Homs machen sie rund ein Zehntel der Bevölkerung aus. Viele Christen sind zwar in den Westen ausgewandert, vor allem in die USA. Dies jedoch nicht aus Angst vor religiöser Diskriminierung, sondern in der Hoffnung auf bessere berufliche Entfaltung - im Schnitt sind sie besser ausgebildet und gehören häufiger zur schmalen syrischen Mittelschicht.

O-Töne von Prof. Winkler sind in Kürze unter www.katholisch.at/audio abrufbar.

© 1947-2011 by KATHweb: ein elektronischer Informationsdienst der Österreichischen Katholischen Presseagentur KATHPRESS. Alle Rechte vorbehalten.